

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 449 Jahrg. 215

für Anhalt und Thüringen.

Einzelpreis 5 Mark

Bezugspreis: monatlich M. 120.— mit Zustellgebühr. Bezahlungen nehmen sämtliche Postämter, Zeitungsverleger und andere Anzeigenernehmer entgegen.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. abends von 7 Uhr an Redaktion 5600 und 5610.— Druckereifonten: Leipzig 20 512.

Sonntag-Ausgabe
Sonntag, 24. September 1922

Anzeigenpreis: Die Spalte 34 mm breite zum Grundpreis 10.— A. Die Spalte 30 mm breite zum Grundpreis 12.— A. Abdruck nach Carl. Erstausgabe Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6209
Eigene Berliner Schriftleitung. — Druck u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Erhöhte Alarmbereitschaft!

Das Rheinland in Gefahr

Frankreich will das Rheinland isolieren

Die außenpolitische Hochkonjunktur muß darüber sein, denn Herr Briand hat seinen Urlaub angetreten. Indessen — Frankreich verfolgt sein Ziel heute mehr denn je. Rheinland und Ruhrgebiet sind damit die Einheit des Reiches sind stark bedroht. Der französische Ministerpräsident wird sich natürlich nicht, Frankreichs Antriebspläne unerschrocken zugeben. Dies Geschäft belegen die französische Presse und die französischen Militärschriftsteller viel besser. Die französische Regierung wird in dem nicht in der Lage sein, die Pläne zu verweigern, die Herr Doriae von Präsidenten des Finanzministeriums der französischen Kammer, vorgelegt wurden. Doriae, ein einflussreiches Mitglied des nationalen Blods, der im Auftrag der französischen Regierung eine Dienstreise in das besetzte Gebiet unternommen hatte, ist kein Eigenbrötel, und das „Journal“ gibt selbst zu, daß die Pläne Doriaes die billigste Billigung Carnot's gefunden haben. Das „Journal“ gibt aus dem Bericht Doriaes einen Auszug, in dem es u. a. heißt:

Wir haben einen großen Teil des Ruhrgebietes besetzt, ebenso einen Ruhr- und Rheinabhang, durch welchen die Hochöfen mit Erzgen versorgt werden. Damit schneiden wir die Eisenindustrie mitten durch. Wenn wir wollen, können wir die von den Rohstoffen abhängigen und sie verarbeitenden Fabrikanlagen im nördlichen Deutschlands die nicht weiter tun, als die Erzeugnisse fertigzustellen, von ihrer Kohle, ihren Erzen, ihren Eisens- und Stahlerzeugnissen abzusehen. Solange wir unsere gegenwärtige Stellung am Rhein innehaben, stellen wir also eine ständige Drohung für 10 bis 12 Millionen der deutschen Industrie dar, die tatsächlich die finanziellen Herrscher Deutschlands sind.

Auf dieser Grundlage stehend, verlangt nun Doriae folgendes:

Der erste Akt der aktiven französischen Rheinlandspolitik ist die finanzielle Organisierung des Rheinlandes:

Aufrechterhaltung einer Zollgrenze im Osten gegen Deutschland, Niederlegung der Zollgrenze im Westen gegen Frankreich.

Zu Zusammenfassung mit dieser finanziellen Organisierung müßte die Trennung des Staatsausfalls der Rheinlande von denen des Reiches und der Länder erfolgen und gleichzeitig wird die Einführung einer gesunden Währung an Stelle der entwerteten Mark verlangt.

In der zweiten Etappe verlangt Doriae den Ersatz der preussischen Beamten durch rheinische.

Drittens wird die Erweiterung der Vollmachten der Rheinlands-Kommission und die Einberufung einer gewählten rheinischen Volksvertretung gefordert.

Das Hauptziel dieser Politik ist nach dem eigenen Worten Doriaes, ein freies Rheinland unter dem militärischen Schutz Frankreichs und Belgien von Deutschland abzutrennen.

Spanner und deutscher sind die französischen Forderungen in der Rheinfrage bisher nicht erfolgt.

Deutschland im internationalen Luftverkehr

w. London, 23. September.

„Daily Chronicle“ befaßt sich in einem Leitartikel die Frage der Luftverkehrsverbindungen über Deutschland und schreibt: Im nächsten Monat würden die Alliierten einige schwierige Punkte bezüglich der Teilnahme Deutschlands am Handels-Luftverkehr zu entscheiden haben. Nach dem Versailles-Vertrag seien der deutschen Flugzeugindustrie verschiedene Beschränkungen bezüglich der Verkehrsflüge, was die Deutschen nicht gekostet sei. Deutschland Deutschlands Entlohnung in der Luft zu sichern. Deutschland liege jedoch im Herzen Europas. Es müßte daher bei einer Ausdehnung der britischen, französischen und belgischen Handelsluftfahrt nach dem Osten benutzt werden. Die Franzosen und Engländer könnten über Deutschland fliegen mit hundert oder mehr Meilen die Stunde und mit Maschinen von 450 Pferdekräften, was den Deutschen nicht gekostet sei. Deutschland könne nicht gezwungen werden, Einschränkungen zu gewähren, wie Flugpläne, meteorologische Angaben usw., ohne die der Handelsluftverkehr undurchführbar sei. Wenn man die Entwicklung der deutschen Luftfahrt bestimme, könne Deutschland sich fragen, warum es andere Mächte bei der Entwicklung ihrer Luftfahrt unterstützen soll. Es bestreite kein Zweifel, solche das Blatt, daß die Handelsinteressen eine Milderung der Einschränkungen verlangen. Politische Interessen hätten indessen wahrscheinlich

das letzte Wort. Wenn die Handelsluftfahrt in Wirklichkeit behilflich sein könnte bei der Aufstellung von Luftreitkräften und in diesem Punkte seien die Sachverständigen verschiedener Ansicht, so könnte es sich Europa vielleicht leisten, die Entwicklung seiner Luftwege nach aufzuschieben.

Für eilige Leser

Die Berliner Effekten- und Devisenmärkte waren offiziell geschlossen. Im freien Verkehr waren nur ganz geringe Umsätze. Die Produktumsätze war sehr.

Der Präsident des französischen Finanzministeriums, Doriae, veröffentlicht einen Plan für die Trennung des Rheinlandes vom Reich.

Der Untersuchungsausschuß für Landwirtschaft und Ernährung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates sprach sich mit allen Stimmen bei einer Sitzungsabhaltung für die Durchführung des Zwangsindustries in der Landwirtschaft aus. Die vorerwähnte Kaufleute von 1. Augustum Verbrauchssteuer billigte der Ausschuß.

Die Reichsbahn führt sofort Frachtermäßigungen für Kartoffeln, Obst und Lebensmittel ein.

Der händliche Ausschuss des preussischen Landtages hat am Freitag eine Sitzung abgehalten, um sich mit der Neuregelung der Beamtenbesoldung zu beschäftigen. Der Ausschuss schloß sich der vom Reich getroffenen Neuregelung an.

Dem Gesandten Dr. Landberg in Brüssel ist mitgeteilt worden, daß die abgeklärte Untersuchung des Falles in Oberkassel die Annahme eines deutschen Verbrechens ausschließt. Papar fügte seiner Mitteilung hinzu, daß er glücklich sei, diese Erklärung machen zu können.

Als Ergebnis des belgischen Terrars in Cupen und Walmch haben im Kreise Cupen nur ungefähr 500 Personen für Deutschland optiert.

Die das „Echo National“ mitteilt, hat Dubois am 22. September Voincaré seine Demission eingebracht, weil er sich mit letzterem über die Reparationsfrage nicht einig war.

Die die „Mitaga Tribune“ aus Belgrad meldet, sollen starke jugoslawische Truppenabteilungen an der Südgrenze Jugoslawiens aufammengezogen und bereit sein, entweder gegen Bulgarien oder zur Unterstützung der Alliierten auf Konstantinopel zu marschieren.

Die Remantien bedrohen Rumänie, einen wichtigen strategischen Punkt an den Dardanellen. Die englische Flotte hat den Verkehr durch die Dardanellen gesperrt.

Neuer veröffentlicht eine Mitteilung über die Haltung Großbritanniens in der Orientfrage, in der betont wird, daß, wenn es zum Kriege kommen sollte, dies lediglich die Schuld der Remantien sein würde.

In einer Ansprache an die Journalisten erklärte Lord George, das Ziel der britischen Politik sei die vollständige Freiheit der Meerengen unter der Oberaufsicht des Völkerbundes im Interesse aller Nationen.

In verschiedenen Kreisen vertritt man, daß der Schritt an die Entente-Mächte eine Note zu richten beachtliche, um sie auf die Gefahr hinzuweisen, welche Europa neuerdings laufe angesichts der Maßnahmen zu einer bewaffneten Intervention im Orient.

Einer Neuntermeldung aus Melbourne zufolge soll ein dortiger Chemiker das deutsche Geheimverfahren zur Herstellung des reinen Indigo-synthetisches entdeckt haben.

Der feinerzeit als Ouel- und Penkionsdien verhaftete Direktor Bernhart, der sich am 26. d. M. wegen schweren Diebstahls und Diebstahl in 13 Fällen verantworten sollte, ist aus dem Berliner Untersuchungsgefängnis entwichen.

Dollar amt. 1405,74 G.

England sperrt die Dardanellen

w. New-York, 23. September.

Der Konstantinopel Korrespondent der „Associated Press“ telegraphiert, daß der Verkehr zwischen Konstantinopel und dem Schwarzen Meer sowie zwischen den Inseln des Marmarameers und den Dardanellen gesperrt ist. Eine Agentenmeldung besagt, daß die britischen Kriegsschiffe jedes Schiff, das gegen dieses Verbot handelt, beschleichen werden. Es wird gemeldet, daß die Remantien Rumänie bedrohen, das einen wichtigen strategischen Punkt an den Dardanellen darstellt. Ferner wird berichtet, daß die Remantien Batterien schwerer Artillerie heranführen, und daß britische Flugzeuge über den Linien der Remantien manövrieren.

Dem „Temps“ wird aus London gemeldet: Die militärischen und maritimen Maßnahmen zur Verteidigung des Südkanals von Tschanan sind getroffen worden. Die englische Mittelmeerflotte ist in den Meerengen vollständig aufammengezogen. Gegenüber Tschanan wurden Vorkorriden an jenen Stellen vorgepostet, auf denen die Türken Vorkorriden in der Lage wären. Der Befehlshaber der englischen Garnison von Tschanan, General Spottiswoode, erklärte, die Stellung sei in seiner Hand zu haben und gegen jede Eventualität gewappnet zu sein. Aus Malta, Gibraltar und Ägypten trafen Verstärkungen ein. Andere beträchtliche Truppenmengen verlassen England. Die in Konstantinopel befindlichen Flüchtlinge wurden nach Metrosien zurückgeführt. Die türkischen Arbeiter wurden von den Alliierten durch Rufen erfasst.

w. London, 23. September.

Neuer veröffentlicht den Wortlaut der russischen Note an die britische Regierung, die sich mit dem Orientkonflikt befaßt. In der Note wird gegen die Durchfuhr fremder Kriegsschiffe durch die Meerengen ausgedrückt, die russische Regierung werde feinerlei Friedensvertragsverletzungen an dem sie keinen Anteil habe. Die russische Regierung verfolge mit der größten Sympathie die Schritte der Türken gegen den Vertrag von Sevres. Sie wünsche einen baldigen Frieden und würde alle Anstrengungen machen, um zu keinem Abschluß beizutragen. Leider lasse die Politik der Ententemächte keine Hoffnung aufkommen, daß sie eine tatsächlich friedliche Regelung des Beantworfens wünscheln.

Der stellvertretende russische Außenminister Karjagin erklärte in einer Unterredung mit dem Moskauer Berichtserstatter der „Daily Mail“: Die Lage bezüglich Konstantinopel ist äußerst ernst. Die weitere Entwicklung sei schwer voraussichtlich. England bedrohe die Türken nicht nur von sich aus, sondern fordere auch noch Südbulwien, Rumänien und Griechenland auf, ihm zu helfen, die britische Herrschaft über die Meerengen aufrecht zu erhalten. Die militärischen Schwierigkeiten seien verborger unter dem unbestimmten Ausdruck „Freiheit der Meerengen“, der bedeute, daß Großbritannien Kriegsschiffe nach den Meerengen senden könne, wenn es Lust dazu habe, während das russisch-türkische Abkommen von 1921 die freie Benutzung der Meerengen nur durch die Handelsschiffe aller Nationen vorsehe.

Von der Orientkonferenz

w. Paris, 23. September.

Lord Curzon, Graf Forza und Poincaré haben in der gestrigen Sitzung die Frage unterzucht, unter welcher Voraussetzung an Angora eine Einflistung im Hinblick auf die Friedenskonferenz zu richten wäre. Sie werden mit der Stellung dieser Frage in einer weiteren Sitzung fortsetzen, die heute nachmittags 3 Uhr beginnt.

Ueber die gestrige Sitzung der Orientkonferenz berichtet die Agentur Havas noch u. a.: Auf französischer und italienischer Seite war man der Ansicht, es sei angebracht, den Türken, wenn man sie zu einer Konferenz berufe, bestimmte Zusicherungen über die Fortnahme zu geben, die ihre territorialen Forderungen, besonders betreffend die Paragranze und Adrianopel, finden werde. Diese Ansicht wurde von Lord Curzon nicht geteilt, nach dessen Meinung Abänderungen des Vertrages von Sevres erst im Laufe der Friedensverhandlungen festgelegt werden können. Unter diesen Umständen fragte man sich, ob es nicht angemessiger sei, an die Türken entweder in allgemeiner Verhandlungen oder in einer Kommission der Alliierten zu senden oder einzelne Noten, in denen jede der Mächte ihre Ansicht zum Ausdruck bringen würde. Frankreich und Italien würden dabei die Verhandlungen vermerken, die sie gegen die früheren Bedingungen in Erwägung ziehen. Es wurde noch keine Entscheidung in dieser Hinsicht getroffen und erst bei Ende der Beratungen der Ministertabelle von London und Paris wird die endgültige Form der Einladung festgelegt werden. Es ist jedenfalls sicher, so schloß die Sonntagsmeldung, daß die Mitteilung der Großmächte keine Drohung mit Sanktionen enthalten und in keiner Weise drohender Natur sein wird.

